Vom französisch-polnisch-türkischen Verbund.

London, 20. Febr. „Daily Telegraph" schreibt: Zu derselben Zeit, wo die Verhandlungen zwischen Bouillon und Kemal Bei in Angora geführt wurden, hätten in Paris andere kemalistische Vertreter mit polnischen Agenten verhandelt. Der Zweck dieser Unterredungen scheine die Ausarbeitung eines vorläufigen **türkisch-polnischen Uebereinkommens** gewesen zu sein, welches vielleicht in einem umfassenden Vertrag zwischen Frankreich, Polen und der Türkei aufgehen könnte. Zum Schutze sowohl Angoras als auch Warschaus gegen russische Angriffe nehmen die polnischen und kemalistischen Unterhändler die dauernde Trennung der transkaukasischen Republiken, der Ukraine und Nord-Turkestans von Nord-Rußland in Aussicht. Bis zur Beendigung des türkisch-griechischen Konfliktes solle sie Angora verpflichten, jeden bolschewistischen Angriff auf Polen und Rumänien durch Erregung von Revolten in den mohammedanischen Gebieten, welche sich noch unter russischer Herrschaft befinden, zu verhindern. Diese geplante militärische Vereinbarung solle durch weitere Vereinbarungen ergänzt werden. Auf diese Weise würden alle militärischen Operationen unter französischer Leitung liegen. Für diese Dienste Angoras werde Polen das territoriale Programm der kemalistisch-nationalistischen Regierung anerkennen und versuchen, durch die Diplomatie die serbische und die rumänische Regierung für die **türkische Sache in Thrazien** zu gewinnen. Die Politik einer Vereinigung der neuen Republiken von Georgien, Eriwan und Aserbeidschan mit der Türkei würde sich vollkommen in Uebereinstimmung mit dem Rate befinden, welchen Briand ganz offen den verbannten sozialistischen Regierungen dieser drei Staaten gegeben habe, sich mit der **kemalistischen Türkei gegen Rußland zu verbünden.**

Es sei nicht schwer, zu sehen, daß der Zweck, den die französische Diplomatie durch die **Abschneidung Rußlands vom Schwarzen Meer** und durch ein mehr oder weniger starkes Bündnis der kemalistischen Türkei mit Georgien, Eriwan, Aserbeidschan, der Ukraine, Rumänien und selbst Bulgarien verfolge, die vollkommene Behauptung des Schwarzen **Meeres wäre,** die nach Lockerung der internationalen **Kontrolle** über die Meerengen große strategische und wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen würde. Man frage sich, ob nach der Ansicht der französischen Veranstalter die türkisch-polnischen Verhandlungen als vorläufiges Abkommen später auf die **französisch-polnische Militärallianz verpfropft** werden sollten, die zwischen Millerand und Pilsudski im vorigen Frühjahr geschlossen worden sei. Dies Bündnis sei durch den Abschluß der letzten französisch-polnischen Handelsverträge in Wirksamkeit getreten.

In diesem Falle würde sich vieles, was sonst unerklärlich bleibe, erklären lassen, besonders die Tatsache, daß es selbst für einen so aufrichtigen Staatsmann wie Poincare unmöglich sei, die auf Irrwege gegangene Diplomatie seines Vorgängers aufzugeben.

•

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Zürich, 20. Febr. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat die für das kleine Land erschreckende Ziffer von 145 671 erreicht. Davon sind 96 580 gänzlich arbeitslos. Unter diesen sind 27 000 ohne Unterstützung.

•

Die Unruhen in Indien.

London, 20. Febr. „Daily Mail" meldet aus Madras, daß man die Lage dort für so gefährlich halte, daß sämtliche Europäer mit Gewehren und Munition versehen wurden, um im Notfall als Polizeitruppen verwendet werden zu können.

London, 20. Febr. Nach einer Pressemeldung aus Delhi hat der Oberkommandierende in Indien erklärt, England habe wenigstens **150 000 Mann nötig,** um in Indien die Ruhe wiederherzustellen.

Paris, 20. Febr. Trotz des Dementis der Havas-Agentur bringen die „Lyoner Presse" und die „Humanite" Einzelheiten über die **Korruptionsaffäre** gegen **Poincare** wegen der Schiebereien der Raffinerie Say. Diese besitzt ein Stammkapital von 38 Millionen und gewann in einem Jahre über hundert Millionen teils durch Preistreiberei und Schiebungen, teils durch unrichtige Steuerangaben. Die Prozesse der Firma Say wegen Steuerhinterziehung hatte Poincare übernommen und gewonnen.

Die gleitende Lohnskala.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat jetzt in der Presse seine Ansichten über die Möglichkeit einer Lösung der Konflikte dargelegt, die gegenwärtig namentlich das Wirtschaftsleben nicht zur Ruhe kommen lassen und, unter Ausschaltung der politischen Beweggründe und Ursachen, auf die Geldentwertung und die Teuerung zurückzuführen sind. Brauns greift hier den Plan auf, der ursprünglich von England ausgegangen ist und darauf beruht, durch die Einführung der sogenannten gleitenden Lohnskala den berechtigten Ansprüchen der Arbeitnehmer Genüge zu tun und gleichzeitig die Arbeitgeber vor Uebervorteilungen zu schützen. Er erblickt den einzigen Weg hierzu darin, daß man das System einer kurzfristigen schiedsgerichtlichen Lohnfestsetzung verbindet, und in den Tarifverträgen Schiedsgerichte vereinbart, die in kürzeren, regelmäßigen Abständen die Lohnhöhe auf Grund der Indexzahlen nachprüfen. Die begründete Lohnänderung wäre demnach unter Zugrundelegung der Indexzahlen festzustellen. Weiter müßte den Tarifparteien die Möglichkeit gegeben werden, über sonstige Umstände zu verhandeln, die gegebenenfalls eine abweichende Lohnfestsetzung notwendig machen. Unter gewissen Umständen soll es sogar möglich sein, daß sich die streitenden Parteien einem etwaigen Schiedsspruch im Voraus freiwillig unterwerfen. Die Kritik des Gedankens der gleitenden Lohnskala ist so alt wie der Gedanke selbst, und eine endgültige Lösung des Problems ist wahrscheinlich ebenso wenig möglich wie die Quadratur des Zirkels.

Auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verhehlt sich nicht die Schwierigkeiten, die sich besonders einer mechanischen Regelung des Problems entgegenstellen. Vor allen erwähnt er die Tatsache, daß außer der Teuerung oder Verbilligung der Lebenshaltung auch die wirtschaftliche Lage eines Industriezweiges oder der gesamten Volkswirtschaft in Betracht zu ziehen ist. Vergißt man nämlich diese Umstände mit in Rechnung zu stellen, so würde man es z. B. unmöglich machen, den Arbeitern den berechtigten Anteil an einer günstigen Konjunktur einzuräumen oder im entgegengesetzten Falle einer vorübergehenden Bedrängnis eines Gewerbezweiges Rechnung zu tragen. Außerdem ergeben sich Schwierigkeiten bei der Festsetzung des Ausgangspunktes für die Lohnskala. Die Statistik zeigt, daß bei vergleichenden Berechnungen typischer Berufe die Kurve der wirklich gezahlten Löhne über die Kurve der gleitenden Lohnskala in vielen Fällen weit hinaus geht. Abgesehen von wirtschaftlichen oder sogar politischen Voraussetzungen ersieht man aus der Statistik auch, daß es unbedingt nötig ist, bei Einführung der gleitenden Lohnskala genau festzustellen, ob der zugrunde gelegte Lohn den Verhältnissen auch entspricht. Die dritte Kritik, die Dr. Brauns anführt, besteht aus den Einwänden, die sich vom Standpunkt der Preispolitik ergeben. Er findet, daß bei automatischer Anpassung der Löhne an steigende Preise wertvolle Hemmungen gegen die Preiserhöhung fortfallen, während bei einem automatischen Sinken der Löhne unter Umständen den Arbeitnehmern die Atempause zur wirtschaftlichen Erholung genommen wird.

Soweit die Kritik, die der Reichsarbeitsminister selbst anführt. Wenn er eine mechanische Regelung des Problems von vornherein verwirft, so kann ihm natürlich nur beigestimmt werden. Aber auch die von ihm vorgeschlagene Regelung wird zu Zweifeln und Befürchtungen Anlaß geben müssen. Sagt er doch selbst, daß auf dem Wege, den er vorschlägt, Verhandlungen und Kämpfe nicht vollständig ausgeschlossen sind. Es ist nicht abzustreiten, daß schiedsgerichtliche Verfahren unter Umständen den Weg zum gewerblichen Frieden überhaupt erleichtern könnten. Experimente jedoch, ganz gleich welcher Art, können nur an einem gesunden Volkswirtschaftskörper ausgeführt werden. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich jedoch in einem Stadium ständiger Krisen, ist im Innersten erschüttert und braucht Ruhe, die nur auf organischem Wege herbeigeführt werden kann. Der Antrag bedeutet jedoch in diesem Zusammenhange die Betonung der Tatsache, daß wir mit unserer Wirtschaft eng mit der der ganzen Welt verbunden sind, und daß erst dann ein Fortschritt erzielt werden kann, sobald die großen äußeren Hemmnisse, die einer Gesundung unseres Volkes vor allem entgegenstehen, beseitigt sind: nämlich Friedensvertrag und Reparationen. Vorerst muß man jedoch davor warnen, unbegründete Hoffnungen in rein wirtschaftstechnische Maßnahmen zu setzen, die immer wieder neue Kämpfe und Konflikte heraufbeschwören müssen.

Oertliche Angelegenheiten.

* **Die Arbeitnehmerkammer.** Der Landesverband Sachsen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipzig, lehnt die Errichtung einer Arbeitnehmerkammer für Sachsen ab. In der Begründung für die ablehnende Haltung wird gesagt, daß die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die Errichtung einer Arbeitnehmerkammer für Sachsen überflüssig mache. Grundsätzlich fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte Kammern, da nur diese ein erfolgreiches Wirken im Interesse der Wirtschaftsgesundung versprechen. Der Gesetzentwurf für den Freistaat Sachsen will die Kammer aber einseitig aus Arbeitnehmern zusammensetzen. Außerdem sollen die Kosten von den beteiligten Gewerkschaften getragen werden. Auch das hält der Deutsche Gewerkschaftsbund für undurchführbar.

* **Abschaffung der Reisebrotmarken?** Die Reisebrotmarken sind auch seit dem vorigen Herbst beibehalten worden, obgleich man seitdem Brot auch ohne Marken bekommen kann. Das billige Brot sollte auch auf der Reise Personen, wie Binnenschiffern, kaufmännischen Geschäftsreisenden, Beamten, Arbeitern auf Montage, Schaustellern, minderbemittelten Erholungsreisenden usw. zugänglich bleiben. Seitdem haben insbesondere die Städte wiederholt die Abschaffung der Reisebrotmarken zur Ersparnis der Kosten der Herstellung der Marken beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft verlangt, insbesondere der Bayerische Städtebund. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist ersucht worden, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Er hat seine Mitglieder gebeten, sich nötigenfalls umgehend darüber zu äußern.

* **Ein Lehrstuhl für Pressewesen.** Der Staatshaushaltausschuß des bayerischen Landtags beschäftigte sich beim Haushalt des Ministeriums des Aeußern mit dem Kapitel „Pressestelle". Abg. Held (Bayr. Vp.) legte dar, man hätte längst dazu übergehen sollen, mit der Errichtung einer Pressestelle einen Lehrstuhl für die Presse und ein entsprechendes Praktikum zu verbinden. Es bestehe von Staats wegen die Pflicht, einen guten Journalistenstand heranzubilden. Abg. Dirr (Dem.) wünschte Aufschluß über die im vorigen Jahre aufgetauchten Pläne der Errichtung eines wissenschaftlichen Instituts für die Presse. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld bemerkte dazu, hier handele es sich darum, den Stand der Journalisten wissenschaftlich entsprechend dem Beruf vorzubereiten. Im Kultusetat sei bereits die Stelle eines außerordentlichen Universitätsprofessors angefordert.

* **Rückkehr der Zugvögel.** Von nun ab kehren auch nach und nach die Zugvögel wieder zu uns zurück, zuerst die Lerchen und Stare, dann Kiebitze, wilde Tauben, Bachstelzen usw. Es ist deshalb angebracht, bald nach den Nistkästen zu sehen, sie auszubessern und zu reinigen. Bei Anfertigung neuer Kästen beobachte man, diese so naturgemäß als möglich zu machen.

•

Aue, 21. Febr. Die Maler- und Lackiererinnung hielt am Sonnabend im Erzgebirgischen Hof in Oberschlema ihre 19. Generalversammlung ab. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Kollegen durch den Obermeister Paul Baumann wurde die Tagesordnung glatt erledigt. Es fanden verschiedene Neuwahlen statt. Aus dem Jahresbericht, der über die besonderen Vorkommnisse der Innung im vergangenen Jahre berichtete, ist vor allem die Gründung der Malerfachschule, die sich zu allergrößter Zufriedenheit eingerichtet hat, hervorzuheben. Der Syndikus des Bezirksausschusses des Handwerks, Dr. Hirth, hielt einen Vortrag über die Gewerbesteuer, der von allen Anwesenden beifällig aufgenommen wurde.

Lößnitz, 21. Febr. Auf den Kino-Abend des Volksbildungsausschusses am kommenden Donnerstag in der Turnhalle wird ganz besonders hingewiesen. Lehrfilms (Pflege des gesunden Säuglings, moderne Körperkultur u. a.) und unterhaltende Films (Meistertrunk zu Rothenburg, Flug über die bayerischen Alpen, Einwirkungen der Musik auf Tiere u. a.) werden miteinander abwechseln. Der Film „Turnen am Reck" wird als Zeitlupenfilm gezeigt, d. h. verschiedene Uebungen werden um das Zwanzigfache verlangsamt werden, sodaß man jede Körperbewegung, Muskelspannug usw. genau betrachten kann. Nachmittags finden mit anderen Films zwei Vorträge für Kinder statt, zu denen Eintrittskarten in der Schule ausgegeben werden.

•

** **Zwickau.** Ein Bäckermeister, der vor Weihnachten von dem ihm zum Stollenbacken übergebenen Teig etwa 6 Pfund heimlich weggenommen und zur Herstellung eigenen Gebäcks verwendet hatte, wurde wegen Unterschlagung zu 700 Mark Geldstrafe verurteilt.

* **Klingenthal.** Bei der Stadtverordnetenwahl wurden gewählt 7 Mehrheitssozialdemokraten, 3 Unabhängige, 1 Beamtenvertreter und 8 Bürgerliche, so daß 11 Sozialisten 8 Bürgerlichen gegenüberstehen.

** **Dresden.** Der bekannte Zirkusdirektor Stosch-Sarrasani wurde bei der Dressurarbeit von einem Elefanten angegriffen, mit den Stoßzähnen gepackt und mit dem Rüssel bearbeitet. Sarrasani erlitt schwere Gliederverletzungen, sowie mehrfach Fleischwunden. Es gelang nur mit Mühe, das wütende Tier von seinem Opfer abzubringen.

** **Dresden.** Nachts drang ein Heizer in das historische Museum ein und stahl mehrere Broschen und Marschallstäbe. Es gelang, den Täter festzunehmen.

** **Schleiswalde.** Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten das Zentrum 8, die Mittelstandsparteien 2, die Sozialdemokraten 2 Sitze.

Aus den Parteien.

Deutschnationaler Kreisparteitag.

Aue, 21. Febr. Der Kreisverein Zwickau der deutschnationalen Volkspartei hielt am vergangenen Sonnabend nachmittag eine Kreisvereinsversammlung im Hotel Burg Wettin ab. Der Versammlungsraum, das große Gastzimmer, war mit Fahnen schwarz-weiß-rot, grün-weiß, blau-gelb (Stadtfarbe) und mit Blattpflanzen geschmückt. Anwesend waren u. a. Reichstagsabgeordneter Amtsgerichtsrat Dr. Barth, Landtagsabgeordneter Landgerichtspräsident Dr. Wagner und Landtagsabgeordneter Bergdirektor Dr. Eckardt. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den 2. Vorsitzenden des Kreisvereins, Professor Schmidt-Schneeberg, begrüßte zunächst Ober-Telegraphensekretär Berger im Namen des deutschnationalen Vereins Aue die Versammlung mit herzlichen Worten, dabei betonend, daß auch in Aue der nationale Geist und christliche Sinn trotz aller Stürme festen Fuß behalten und im weiteren Erstarken begriffen sei, wie die ganze deutschnationale Partei. Hierauf hielt Studienrat Schönbach-Zwickau einen Vortrag über „Die Politik im Jahre 1921 im völkischen Lichte". Paris und die um den Juden Rathenau machten unsere Politik der Erfüllung. 464 Milliarden deutsche Mark wollen sie zahlen und 440 Milliarden nur beträgt unser Vermögen. Versailles sei die größte Sünde der Welt. Nicht gegen Hohenzollern, nicht gegen unser Heer, nicht gegen unsere Kriegsschiffe führten sie Krieg, sondern gegen unsere Handelsschiffe und gegen den deutschen Kaufmann. Rathenau mit seinen 800 Hintermännern sorgte dafür, daß wir den Krieg verloren. Sodann ergriff Reichstagsabgeordneter Dr. Barth das Wort zu seinem Vortrage über die politische Lage. Unsere Lage sei trüber wie nie zuvor. Er gedachte der Zeit vor 100 Jahren. Damals hatten wir von glühender nationaler Begeisterung erfüllte Führer, die das Volk wieder aufrichteten. Diese fehlen uns heute. Sitte und Moral seien auf ihrem tiefsten Tiefstand angekommen. Redner geißelte namentlich die Wirtschaftsfüllungspolitik. England tue jetzt zwar so, als ob es unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen wolle, das geschehe aber aus rein egoistischen Zwecken, weil es das mitteleuropäische Absatzgebiet nicht entbehren könne. Vorläufig könne keine Rede davon sein, daß sich die deutschen Verhältnisse konsolidieren würden. Trübe liege die Zukunft vor uns. Die Entwicklung werde vor sich gehen unter erheblichen Erschütterungen, wir würden weiter verösterreichen, ja es sei denkbar, daß uns Oesterreich noch einem Jahr vielleicht ein halbes Jahr voraus sei. Trotzdem dürften wir nicht verzagen und die Hoffnung auf eine Wiedergesundung des deutschen Volkes aufgeben, sonst hätte ja die deutschnationale Volkspartei ihre Existenzberechtigung verloren. Die Vorträge lösten lebhaften Beifall aus und zeitigten eine anregende Aussprache. Der nächste Kreisparteitag soll am 18. März in Zwickau abgehalten werden.

Konzerte, Theater, Vergnügungen.

Aue, 20. Febr. Der Militär-Verein Aue-Zelle veranstaltete am vergangenen Freitag im Fremdenhof „Stadtpark" einen erzgebirgischen Abend, zu dem nicht nur die jüngeren Kameraden mit ihren Angehörigen in recht stattlicher Zahl, sondern auch einige der ältesten Vereinskameraden und andere Ehrengäste erschienen waren. Nach der in humoristischer Weise erfolgten Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden wurden heitere Vorträge in erzgebirgischer Mundart geboten. Besonderen Beifall fanden die von einem jugendlichen Geschwisterpaar in vorzüglicher Weise zu Gehör gebrachten erzgebirgischen Lieder und ein von neun jungen Damen flott gespieltes Stück: „Der heitere Ehestand". Schließlich bot noch eine Tanzbärengruppe willkommene Abwechslung. Fröhlicher Tanz beschloß den recht angenehm verlaufenen Abend.

Aus dem Gerichtssaal.

Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und öffentliche Beleidigung fiel dem 20jährigen, aus Werdau gebürtigen, in Schwarzenberg wohnhaften Tischlergesellen Otto Rudolf Keller zur Last, der als Mitglied der kommunistischen Partei in einer am 24. September v. J. in dem Gasthofe „Bad Raschau" in Raschau stattgefundenen öffentlichen kommunistischen Volksversammlung mit der Tagesordnung „Politische Lage und die Jugend", die von etwa 60 Personen besucht war, eine Rede gehalten, in der er auf den Mord Erzbergers zu sprechen gekommen war und sich u. a. sehr mißliebig über das Verhalten der Polizei ausgesprochen und schließlich zu den anwesenden jugendlichen Personen geäußert hatte, sie müßten hassen und immer wieder hassen, der Augenblick sei gekommen, wo es um den Kampf des Proletariats gehe, sie sollten ihr Recht mit der Waffe in der Hand suchen und wenn auch der eine oder andere falle, auf deren Blut solle dann umso fester aufgebaut werden, was sie sich erkämpft hätten. Weiter hatte sich K. in einer am 4. September v. J. auf dem Marktplatze in Schwarzenberg stattgefundenen, von etwa 250 Personen besuchten Versammlung der kommunistischen Jugend mit Hinweis darauf, daß vorher eine Beschlagnahme kommunistischer Flugblätter durch den Gendarmeriewachtmeister Stemmler in Pöhla erfolgt war, einer Beleidigung dieses Beamten schuldig gemacht. K. wurde von der Strafkammer des Zwickauer Landgerichts zu 1000 Mark Geldstrafe oder zwanzig Tagen Gefängnis verurteilt, auch wurde dem Gendarmeriewachtmeister Stemmler das Recht zur Veröffentlichung der wegen Beleidigung erfolgten Verurteilung zugesprochen.

Neues aus aller Welt.

— **Schulstreik.** Wie aus Höchst am Main gemeldet wird, ist in dem benachbarten Ried ein Schulstreik an der Volksschule im Gange. Die sozialistische Elternschaft einschließlich der kommunistischen verlangt von der Regierung die Anstellung eines nicht evangelischen Lehrers, während die zu besetzende Lehrerstelle bestimmungsgemäß einem evangelischen Lehrer vorbehalten ist.

— **Im Streit erschossen.** Der Fabrikbesitzer Pautsch in Grünheide bei Erkner hat im Verlaufe von Streitigkeiten den Portier seiner Villa erschossen und seine diesem zu Hilfe eilende Aufwärterin durch zwei Schüsse lebensgefährlich verletzt.

— **Erwischter Bahnräuber.** Auf dem Bahnhofe Wittenberge wurde in einem Güterwagen in einer in Berlin aufgegebenen Kiste ein Mann entdeckt, der sich einschließen ließ, um während der Fahrt Bahnsendungen zu berauben.

— **Ueber die Passagierpreise nach dem Auslande** hat das Statistische Reichsamt eine lehrreiche Aufstellung gemacht. Von Hamburg nach Neuyork kostete es 1914 in den vier Klassen 160, 180, 220 und 350 Mark. Im August 1921 waren diese Preise auf 10 117, 10060, 12 647 und 18548 Mark gestiegen. Bis zum November stiegen sie weiter auf das Doppelte bis Dreifache, auf 26 902, 34 220, 39 485 und 57 911 Mark. Verhältnismäßig „billig" fährt man nach Südamerika. Nach Buenos Aires kostete es 1914 in den drei Klassen 140, 480 und 650 Mark, im August 1921 schon 5000, 18 000 und 22 000 Mark, im November dagegen 15 632, 48 981 und 72 950 Mark. Von Hamburg nach Kapstadt konnte man eine Reise für 250, 500 und 750 Mark machen. Im November 1921 mußte man dafür 26 054, 48 981 und 64 718 Mark anlegen, von Triest nach Bombay gar 36 [illegible] und 77 119 Mark, nach Hongkong 41 686 und 109 726 Mark. Von Bremen nach Yokohama kostet es nicht weniger als 102 131 und 135 480 Mark. Von Stettin nach Kopenhagen konnte man einst für 10 Mark fahren, jetzt beträgt der Mindestpreis 486 Mark. Man kann aber auch 738 und 1213 Mark dafür anlegen.

— **Die Amerikaner kommen!** Nach Mitteilungen, die in der Schweiz eingetroffen sind, haben die Amerikaner dieses Jahr die löbliche Absicht, Deutschland und Oesterreich zu überfluten. Die Schiffe sind zu diesem Zwecke schon belegt: 100 000 Plätze sind bereits bestellt. Ferner veranstalten die Reisebureaus American Expreß, Cook, White Star Line und Red Star Line Schiffsreisen nach dem Mittelmeer mit Abstechern in den Kontinent, für welche Reise bereits über 10 000 Karten ausgegeben sind. Für die Oberammergauer Passionsspiele soll Amerika bereits 50 000 Karten fest bestellt haben.

— **Professorenstreik.** Die Professoren der Moskauer Universität sind in den Streik getreten, nachdem ihnen seit Monaten das Gehalt in Höhe von 15 Goldrubeln monatlich nicht ausgezahlt worden ist.

— **Ein Valutascherz.** Eine bekannte deutsche Versicherungsbank mit Direktionsbureaus in Berlin und Wien versendet ihre Werbedrucke an Berliner Adressen von Wien aus. So braucht sie für eine Drucksache, die in Giesberts' Bereich 50 Pf. kosten würde, nur 2 Kronen, gleich knapp 14 Pf., auszugeben.

— **Ein Mißverständnis.** Die „Altenburger Zeitung" erzählt folgendes Erlebnis: Am späten Abend des Mittwochs hörte ich im Vorübergehen aus den Räumen des „Goldenen Pflugs" die lustige Weise „Wir gehn nach Lindenau, da steht der Himmel blau", von der Musik geblasen, erklingen. Zu Hause fragte ich dann mein kurz nach mir heimkehrendes Hausmädchen: „Was war nur heute im Volkshause los?" Antwort: „Demokrationsfeier für die Erzgebirgler." — Es hatte ein „Demonstrationszug" nach dem Tode Erzbergers stattgefunden ....

SLUB
Wir führen Wissen.